

## LENA ELLENBERGER, FRANK NITZSCHE

# Erneuerung des Sozialstaats in Europa – Chance gegen den Neoliberalismus

Unter dem Motto »Erneuerung des Sozialstaats in Europa – Chance gegen den Neoliberalismus« fand in Dortmund am 7. Oktober das gesellschaftspolitische Forum der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) NRW statt, an dem sich unter anderem die Redaktion Sozialismus, WISSENTTransfer, der Bund demokratischer WissenschaftlerInnen und Attac Dortmund als Mitveranstalter beteiligten. Das Forum sollte vor allem die in den letzten Jahren vertiefte Beschäftigung mit dem Thema Sozialpolitik und Europa fortführen, zu dem die RLS mit der Manuskriptsammlung »Perspektiven des Europäischen Sozialstaats«, erschienen 2004 im Dietz-Verlag, und dem Workshop »Neuerfindung des Sozialstaats« in Berlin 2005 Vorarbeit geleistet hatte.

Lena Ellenberger –  
Jg. 1983, Studentin der  
Soziologie, Politikwissen-  
schaft und Medienwissen-  
schaft an der Uni Siegen;  
hochschulpolitisch aktiv u. a.  
im Studierendenparlament  
2005-06, Gleichstellungs-  
kommission, Fachschaftsrat;  
Veröffentlichungen zu hoch-  
schulpolitischen Themen  
im Magazin der Linken Liste  
Siegen »Reykjavik aus-  
wärts!«; organisiert zusam-  
men mit dem Referat für  
Kritische Wissenschaft und  
politische Bildung und dem  
Rosa-Luxemburg-Club  
Siegen gesellschafts-  
politische Veranstaltungen.

### *Linke und Europapolitik*

Dieses thematische Projekt erwies sich auch in Dortmund aus mehreren Gründen als durchaus ambitioniert: Zum einen kann mit dem Thema Sozialpolitik/Sozialstaat in Europa nicht an einen aktuellen politischen Diskurs angeschlossen werden. Gerade die Linke in Deutschland bleibt aufgrund des ökonomisch-politischen Gewichts der BRD in einer nationalstaatlich zentrierten Sicht gefangen, in der die Verteidigung des nationalen Sozialstaats als die nächstliegende und effektivste Strategie erscheint.

Zum anderen beschäftigt sich die Linke in Deutschland aktuell mit zwei unterschiedlichen Themen, die nationalzentrierter nicht sein könnten: Der Streit über eine bedingungslose vs. bedarfsabhängige Mindestsicherung und über die Fusion zweier linker Parteien. Erschwerend kommt noch hinzu, dass es keine gemeinsam geteilte Vision für einen europäischen Sozialstaat gibt – ob überhaupt Visionen existieren, die über einen Ausbau der Sozialsysteme auf solidarischer Grundlage hinausgehen, ist fraglich. Als problematisch erscheint auch die momentane politische Flaute, die in Deutschland auf die Hartz-IV-Bewegung und die Großdemonstrationen im Jahre 2004 folgte, und die auch nach der Ablehnung des Verfassungsentwurfes in Frankreich und den Niederlanden nicht aufgebrochen werden konnte. In Anbetracht der anstehenden Mobilisierung zum G8-Gipfel in Heiligendamm und der Neuauflage der Verhandlungen um die Bolkestein-Dienstleistungskriterien erschien es deshalb um so dringender, die Ausgangssituationen, die Problemstellungen und mögliche Lösungsansätze der Linken zur Sozialpolitik in Europa zu thematisieren.

### *Die Ausgangssituation*

Im Eröffnungsplenum skizzierten die Referenten drei wichtige Fragestellungen, aus deren Beantwortung sich die Rahmenbedingungen alternativen politischen Handelns der europäischen Linken ergeben: Wie vollzieht sich die schleichende Zerstörung des europäischen Sozialmodells (Joachim Bischoff, Redaktion Sozialismus), was stellt der Sozialstaat im Verständnis der Linken dar (Asbjørn Wahl, Attac Norwegen) und welche Auswirkungen werden die (modifizierten) Dienstleistungsrichtlinien haben (Johan von den Hout, GUE/NGL-Fraktion Europaparlament)?

*Wahl* erinnerte daran, dass der Wohlfahrtsstaat das Ergebnis eines lang andauernden politisch-sozialen Drucks durch die Bevölkerung nach Ende des 2. Weltkrieges darstellte und damit ein historisch-spezifisches Machtverhältnis zwischen Kapital und Arbeit abbildete. Der Wohlfahrtsstaat müsse damit als ein ambivalentes Spannungsverhältnis zwischen »Ahnung von einer besseren Gesellschaft« und »Reparaturwerkstatt einer inhumanen Gesellschaft« begriffen werden. Durch den Wegfall der Grundlagen des »historischen Kompromisses« laute die Parole für die Organisationen der Arbeiterbewegung und der europäischen Linken vor allem: Konfrontation statt Konsens und ein Hinausgehen über keynesianistische Ideen zu Forderungen wie beispielsweise Kampf um die demokratische Kontrolle der Wirtschaft. Dementsprechend müssten gemeinsam mit den sozialen Gruppen und Bewegungen Konzepte zur Verteidigung, aber auch zur Demokratisierung und Entwicklung öffentlicher Einrichtungen entwickelt werden.

*Bischoff* betonte vor allem, dass die Lissabon-Strategie den Dreh- und Angelpunkt des auf europäischer Ebene organisierten Angriffs auf den Sozialstaat darstellt, da sie die Leitlinien für ein europäisches Sozialmodell auf Grundlage eines Shareholder-Value-Kapitalismus beinhaltet. Drei Strategien seien aus dieser Erkenntnis abzuleiten. Einmal muss die Forderung einer Neuregelung des Kapitalverkehrs der bereits erfolgten Deregulierung von Kapital- und Investitionskontrollen entgegengestellt werden. Zum zweiten müssen ökonomische und soziale Mindeststandards erreicht und drittens ein solidarisches Umverteilungssystem erkämpft werden.

*Von den Hout* zeichnete die Auswirkungen der europäischen Dienstleistungsrichtlinien auf die Sozialsysteme am Beispiel der niederländischen Politik nach. Das Parlament implementiert »Bolkestein« mit wenigen Abstrichen; dass es einen sozialverträglichen Kompromiss in den Verhandlungen gegeben habe, sei eine Fehlinterpretation. Tatsächlich eröffnen die Richtlinien eine Reihe von Hintertüren zum Angriff auf die Interessen der Arbeitnehmer, Konsumenten und des Mittelstands. Bewusst unklar gehaltene Begriffe wie »services of general interests« erlauben so Interpretationsspielräume für Privatisierungs- und Deregulierungsstrategien in den einzelnen Mitgliedstaaten.

Aus den einleitenden Referaten und der anschließenden Diskussion ließ sich somit vor allem das Resümee ziehen, dass die nationalstaatliche Verteidigung des Sozialstaats zwar ein wichtiger Beitrag für eine gesamteuropäische Strategie sein kann, dass aber die Infragestellung und Verhinderung der Rechtsakten auf europäischer

Frank Nitzsche – Jg. 1973, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften an der Uni Siegen, Promotion im Fach Politik und Soziologie, Veröffentlichungen u. a. zu den Themen Außenwirtschaftspolitik, politische Soziologie, Soziale Bewegungen, Internationale Politik und Politische Kultur.

Ebene letztlich der Schlüssel zur Bekämpfung des neoliberalen Umbaus der Sicherungssysteme in den einzelnen Ländern darstellt.

### *Kontroversen und Konvergenzen*

Die heterogene Zusammensetzung der Arbeitsgruppen mit Parlamentariern und parlamentarischen Mitarbeitern unterschiedlicher Ebenen, Gewerkschaftern, Mitgliedern sozialer Initiativen, Bewegungen und Verbände und Wissenschaftlern sorgte sowohl für eine umfassende Sicht auf Probleme und Lösungsvorschläge, aber auch für inhaltliche Kontroversen.

Bei der Frage, welche Vision dem Verfassungsentwurf und den Dienstleistungsrichtlinien entgegensetzen ist, wurde zum einen darüber diskutiert, ob die Zivilgesellschaft als 3. Sektor zwischen Markt und Staat einen wachsenden Teil der öffentlichen Dienstleistungen übernehmen könne und müsse. Zum anderen gab es unterschiedliche Meinungen über die durch demographische Entwicklung und die Globalisierung beschränkten politischen Handlungsoptionen. Auch die Frage, ob die sinnvollste Strategie die der Verteidigung sozialstaatlicher Errungenschaften auf nationalstaatlicher Ebene oder auf europäischer Ebene ist, wobei bei letzterer das Problem einer möglichen Beschleunigung der Deregulierung und Privatisierung gesehen wurde, wurde kontrovers diskutiert.

Einig war man sich ebenso wie die Arbeitsgruppe, die sich mit der Sozialpolitik zwischen (außer)parlamentarischer Opposition und Regierungsbeteiligung beschäftigte, über die Notwendigkeit der Vernetzung und Verzahnung der Akteure von der kommunalen bis zur EU-Ebene. In dieser AG wurden vor allem die Themen Berliner Regierungsbeteiligung, Sachzwangpolitik und die Ausgestaltung des Grundeinkommens diskutiert. Eine Bereicherung zukünftiger Debatten um dieses Thema erhoffte man sich durch die Betrachtung internationaler Entwicklungen der Zusammenarbeit verschiedener sozialpolitischer Akteure in anderen Ländern.

Dies wurde auch in der Arbeitsgruppe »Soziale Bewegungen und Gewerkschaften« betont, in der nicht nur die erfolgreiche Zusammenarbeit in der Kampagne gegen die Arbeitsverhältnisse bei LIDL angeführt, sondern auch auf internationale Beispiele wie die Organisation prekär Beschäftigter in den USA durch die dortigen Gewerkschaften verwiesen wurde. Die Dringlichkeit einer gemeinsamen und internationalen Gegenwehr verdeutlichte sich vor allem am Beispiel der Dienstleistungsrichtlinien, die zur Schwächung von national agierenden Gewerkschaften beitragen werden.

Wenig Kontroversen, aber viele Einsichten in die soziale Sicherung in ihrer europäischen Verschiedenheit ermöglichte eine weitere Arbeitsgruppe. Zum einen wurde festgestellt, dass die Vergleichbarkeit der verschiedenen sozialen Sicherungssysteme nur begrenzt möglich ist. Die Problematik einer möglichen Harmonisierung der Systeme liegt nicht nur in den unterschiedlichen Finanzierungsmodi (steuer- oder beitragsfinanziert), sondern ist auch in der Akzeptanz der Bevölkerung an die jeweils gewachsenen Systeme begründet. Die Installierung eines einheitlichen sozialen Sicherungssystems wurde dementsprechend als sehr schwierig angesehen. Das Ende des in den neunziger Jahren EU-weit koordinierten Umbaus des Renten-

sektors macht allerdings zum anderen die Dringlichkeit der Entwicklung sozialpolitischer Alternativen deutlich: Der Trend zur privaten, kapitalgedeckten Rente stellt eine »gelungene« Harmonisierung auf EU-Ebene dar. Als notwendig wurde deshalb die politische Delegitimierung von Privatisierungsprozessen auf nationalstaatlicher Ebene, die Rückführung der Problematik auf die europäische Ebene und die dort notwendige Veränderung der Rechtssätze bzw. Koordinierungsleitlinien begriffen.

In der Arbeitsgruppe »Sozialpolitik zwischen Freiheiten und Notwendigkeiten« bestand die Schwierigkeit darin, die Bereiche Arbeit und Leben theoretisch wie praktisch in einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive zu verknüpfen; so gäbe es viele kleine Projekte, aber nicht den »großen Wurf«. Ein gemeinsamer Nenner bestand in der solidarischen Umgestaltung von Arbeit als zentralem Weg zu mehr Freiheit, wobei auch hier die Frage offenblieb, was solidarische Arbeit überhaupt sein kann und wie sie organisiert werden sollte.

### *Schlussfolgerungen*

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen konnten einmal mehr verdeutlichen, dass die Debatten um eine Vereinheitlichung und solidarische Umgestaltung des europäischen Sozialstaates gerade einmal begonnen haben bzw. es sich weiterhin um Problemaufrisse und Austausch von Erfahrungen und Meinungen handelt. Um diese Diskussion über die kleineren Zirkel und die Fraktion der Linken im Europaparlament hinaus zu tragen, bedarf es weiterer Veranstaltungen und Konferenzen, die vor allem die Verknüpfung gewerkschaftlicher, parlamentarischer und außerparlamentarischer Bewegungen auf europäischer Ebene diskutieren und internationale Kampagnen, die von der Ebene der Kommunalpolitik bis zum Europaparlament Proteste, wie beispielsweise gegen Privatisierungen und Deregulierung sozialer Standards, zusammenfassen und koordinieren. Erst durch die Zusammenführung bzw. Zusammenarbeit dieser vertikalen und horizontalen Ebenen werden sich Visionen eines europäischen Sozialstaats konkretisieren lassen. Damit könnte auch das im Abschlussplenum problematisierte Problem des »Nicht-Wissens« über sozialpolitische Kulturen und Sozialsysteme in den anderen europäischen Ländern, die Fokussierung auf die nationalstaatliche Verteidigung sozialer Standards und die »Ich-Zentriertheit« der Organisationen der Linken ansatzweise überwunden werden.